

1053 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates XIV. GP

Bericht des Verkehrsausschusses

über den Antrag der Abgeordneten Doktor Gradenegger und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Postgesetz, BGBl. Nr. 58/1957, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 36/1964, der Kundmachung BGBl. Nr. 365/1970 sowie der Bundesgesetze BGBl. Nr. 338/1971, BGBl. Nr. 646/1975 und BGBl. Nr. 618/1977 geändert wird (117/A)

Die Abgeordneten Dr. Gradenegger und Genossen haben in der Sitzung des Nationalrates am 18. Oktober 1978 den Initiativantrag 117/A, der dem Verkehrsausschuß zugewiesen wurde, eingebracht. Dem Gesetzesantrag liegen folgende Erwägungen zugrunde:

Zuletzt wurden die seit 1967 unveränderten Postgebühren am 1. Jänner 1976 erhöht. Mit Rücksicht auf den relativ langen Zeitraum konnten die einzelnen Gebührenansätze bei weitem nicht in dem Ausmaß nachgezogen werden, wie es der bis dahin eingetretenen Kostenentwicklung entsprochen hätte.

Zur Vermeidung von großen Gebührensprüngen wurde damals nachhaltig eine Anpassung in kürzeren Zeitabständen mit jeweils geringerem Ausmaß in der Öffentlichkeit gefordert. Dem entspricht der Unternehmensplan der Post, der schon zum 1. Jänner 1978 eine zweite Phase der Gebührenanpassung vorgesehen hätte, die auf Mehreinnahmen von mehr als 2 Mrd. S ausgerichtet war.

Die nunmehrige Gesetzesvorlage sieht eine Erhöhung der Postgebühren im Vergleich zu den Zielsetzungen im Unternehmensplan der Post um ein Jahr später und mit einem weit geringeren Ausmaß vor. Durch die Erhöhung der einzelnen Gebührenansätze werden Mehr-

einnahmen von zirka 800 Mill. S, das entspricht einer rund 14,5%igen Einnahmensteigerung, erwartet.

Durch die im Entwurf gleichzeitig vorgesehenen flankierenden Maßnahmen wurde auf die Erhaltung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der in Betracht kommenden Kundengruppen Rücksicht genommen. Die strukturellen Änderungen bieten Ausgleichsmöglichkeiten durch den Übergang zu anderen gebührenmäßig günstigeren Sendungsarten. Die Zulassung von EDV-Abdrucken bei Drucksachen ermöglicht z. B. das Ausweichen vom Geschäftsbrief zur Drucksache oder sogar zur Massendrucksache.

Sehr viele Gebührenansätze blieben unverändert, darunter vor allem auch die Gebühr für die Postkarte, die insbesondere von den privaten Postkunden gern benützt wird.

Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist ein personeller oder sachlicher Mehraufwand nicht verbunden.

Der Verkehrsausschuß hat den gegenständlichen Initiativantrag am 2. November 1978 in Verhandlung gezogen. An der Debatte beteiligten sich außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Kammerhofer, Dr. Broesigke, Dkfm. DDr. König, Dr. Gradenegger, Ing. Gradinger, und der Ausschußobmann Abgeordneter Prectl sowie der Bundesminister für Verkehr Lausecker.

Bei der Abstimmung wurde der Initiativantrag mit Stimmenmehrheit angenommen.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Verkehrsausschuß somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem angeschlossenen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wien, 1978 11 02

Treichl
Berichterstatte

Prectl
Obmann

**Bundesgesetz vom XXXXXXXXXXXX,
mit dem das Postgesetz geändert wird**

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I

Das Postgesetz, BGBl. Nr. 58/1957, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 36/1964, der Kundmachung BGBl. Nr. 365/1970 sowie der Bundesgesetze BGBl. Nr. 338/1971, BGBl. Nr. 646/1975 und BGBl. Nr. 618/1977 wird wie folgt geändert:

1. Dem § 26 wird angefügt:

„Die Post- und Telegraphendirektionen dürfen geringfügige Abweichungen von den gebührenrechtlichen Merkmalen nachsehen, wenn daraus der Post kein Nachteil erwächst.“

2. Die Anlage 1 wird wie folgt geändert:

a) § 1 Abs. 1 Z. 4 entfällt.

b) Im § 2 Abs. 2 haben nach dem Wort „Postkarten“ der Beistrich und das Wort „Geschäftspostkarten“ zu entfallen.

c) § 8 hat zu lauten:

„§ 8. Für Briefe, Geschäftsbriefe und Drucksachen sowie Massendrucksachen mit persönlicher Anschrift gilt ein Höchstgewicht von zwei Kilogramm.“

d) § 14 und die Überschrift zu § 14 entfallen.

e) § 15 Abs. 2 hat zu lauten:

„(2) Drucksachen dürfen nichtgedruckt enthalten:

- 1. Aufgabeort,
- 2. Aufgabedatum,
- 3. Anschrift und Absenderangabe,
- 4. postdienstliche Vermerke,
- 5. Ziffern und Zeichen,
- 6. Druckfehlerberichtigungen,

7. Abdrucke, die mit Druckern von EDV-Anlagen hergestellt wurden und

8. Abdrucke eines Handstempels.“

f) § 17 Abs. 3 hat zu lauten:

„(3) Für Massensendungen gelten folgende Höchstgewichte:

- 1. Massensendungen ohne Anschrift: 250 Gramm,
- 2. Massenwarensendungen mit persönlicher Anschrift: 500 Gramm,
- 3. Massendrucksachen mit persönlicher Anschrift: 2 000 Gramm.“

g) § 17 Abs. 4 hat zu lauten:

„(4) Für Massensendungen gelten folgende Höchstmaße:

- 1. Massensendungen ohne Anschrift: Länge 33 Zentimeter, Breite 23,5 Zentimeter, Höhe 2 Zentimeter;
- 2. Massensendungen mit persönlicher Anschrift: Länge 33 Zentimeter, Breite 23,5 Zentimeter, Höhe 5 Zentimeter.“

h) § 17 Abs. 6 Z. 2 hat zu lauten:

„2. Massensendungen mit persönlicher Anschrift hat der Absender in Orts-, Leitstrecken-, Leitgebiets- oder Leitzonenbunden aufzugeben.“

3. Die §§ 1, 3 und 5 bis 7 sowie der § 9 der Anlage 2 haben zu lauten:

„§ 1. Beförderungsgebühren für Briefe:

Standardsendungen	Gewichts- stufen bis Gramm	Gebühr je Sendung Schilling
Standardsendungen		4.—
100		6.—
250		8.—
500		12.—
1 000		18.—
2 000		25.—

1053 der Beilagen

3

§ 3. Beförderungsgebühren für Geschäftsbriefe:

	Gebühr je Sendung Schilling
Standardsendungen	3'50
Gewichts- stufen bis Gramm	
100	5'—
250	7'—
500	9'—
1 000	14'—
2 000	22'—

§ 5. Beförderungsgebühren für Drucksachen:

	Gebühr je Sendung Schilling
Standardsendungen	2'50
Gewichts- stufen bis Gramm	
100	3'50
250	5'—
500	7'—
1 000	12'—
2 000	18'—

§ 6. Beförderungsgebühren für Warensendungen:

	Gebühr je Sendung Schilling
Standardsendungen	3'50
Gewichts- stufen bis Gramm	
100	5'—
250	7'—
500	9'—

§ 7. Beförderungsgebühren für Massensendungen:

	Gebühr je Sendung Schilling
1. Massensendungen ohne Anschrift:	
Gewichts- stufen bis Gramm	
20	0'60
30	0'70
50	0'80
100	1'—
250	1'90

2. Massensendungen mit persönlicher Anschrift in Ortsbunden:

	Gebühr je Sendung Schilling
Standardsendungen	1'20

Gewichts- stufen bis Gramm.	Gebühr je Sendung Schilling
50	1'40
100	1'80
250	2'50
500	4'50
1 000	9'—
2 000	13'—

3. Ermäßigung der Gebühren lt. Z. 1 und 2 für die Aufgabe beim Abgabepostamt:
5 vom Hundert.

4. Massensendungen mit persönlicher Anschrift in Leitgebiets- oder Leitstreckenbunden, ausgenommen in solchen der Leitzone 1:

	Gebühr je Sendung Schilling
Standardsendungen	1'40
Gewichts- stufen bis Gramm	
50	1'60
100	2'—
250	2'70
500	5'—
1 000	9'50
2 000	14'—

5. Massensendungen mit persönlicher Anschrift in Leitzonenbunden:

	Gebühr je Sendung Schilling
Standardsendungen	1'50
Gewichts- stufen bis Gramm	
50	1'70
100	2'10
250	2'90
500	5'50
1 000	10'—
2 000	15'—

§ 9. Pakete:

1. Beförderungsgebühr je Paket:

Gewichtsstufen	Gebühr je Sendung Schilling
bis 5 kg	15'—
bis 10 kg	25'—
bis 15 kg	45'—
bis 20 kg	75'—

2. Ermäßigung der Beförderungsgebühren 10 vom Hundert.“

4. Der § 4 der Anlage 2 hat zu entfallen.

Artikel II

Dieses Bundesgesetz tritt am 1. Jänner 1979
in Kraft.

Artikel III

Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist
der Bundesminister für Verkehr betraut.